



Internationale Fachkonferenz

“Decent Work and Fair Globalization – A Dialogue between industrialized and emerging economies”

Berlin, 5. Mai 2008

Zusammenfassung der Diskussion

Die Diskussionsbeiträge zu allen Podien ließen eine deutliche Zustimmung zur ILO-Decent-Work-Kampagne erkennen. Es wurde deutlich, dass die einzelnen Bestandteile von Decent Work im internationalen Recht fest verankert und ökonomisch gut begründet sind. Für den Aufbau eines weltweiten sozialen Mindestsicherungssystems liegen zudem interessante, wohl durchdachte Modelle vor. Der bisherige publizistische Erfolg der Kampagne und insbesondere ihre Anerkennung auf den höchsten Ebenen der Weltpolitik (G8 und selbst durch das IOC) fand lobende Erwähnung.

Doch wurde auch deutlich, dass die Zielsetzung weiterhin ambitioniert ist, da die Umsetzung von Decent Work kaum fortgeschritten sei. Als Gründe für die Umsetzungsdefizite wurden zum einen die mangelnde Abstimmung von Politiken auf internationaler und nationaler Ebene und zum anderen Differenzen bei den Befürwortern hinsichtlich der Umsetzungsstrategie diskutiert. Obwohl beispielsweise die Weltbank sich zu Decent Work bekennt, raten die meisten Weltbank-ÖkonomInnen, so ein Teilnehmer, zur Einschränkung von Gewerkschaftsrechten und zum Abbau von Kündigungsschutz. Gleichfalls kritisierte die EU- Agrarexportförderung Decent-Work-Strategien. Diese lässt die Landwirtschaft bei ihren Handelspartnern unrentabel werden und befördere somit die Landflucht.

Umsetzungsstrategisch bestand ein grundsätzlicher Dissens zwischen den meisten TeilnehmerInnen und den VertreterInnen von Arbeitgeberverbänden. Letztere setzen auf freiwillige Maßnahmen und Fall-zu-Fall-Strategien, während erstere allgemeinverbindliche, staatlich bzw. international bewährte Regeln befürworten.

Unterschiedliche Akzentsetzungen herrschten bei der Frage vor, welcher Kollektivakteur auf welcher Politikebene vornehmlich zur Durchsetzung von Decent Work geeignet sei. Auf der Ebene der internationalen Organisationen bestand allerdings Konsens, dass die ILO auf diesem Gebiet weiter die Führung behalten solle, die anderen internationalen Organisationen aber in der Pflicht seien, keine Maßnahmen im Widerspruch zu Decent Work zu ergreifen (Kohärenz-Forderung). Einige TeilnehmerInnen wollen trotz des bisherigen Widerstands nicht auf das Sanktionspotential der Welthandelsorganisation verzichten, wobei Standardsetzung und ihre Überprüfung im Bereich der Arbeit bei der ILO belassen bleiben sollte. Die EU sollte ihre Mitgliedstaaten zur Ratifikation aller ILO-Normen anhalten, die zum Decent-Work-Paket gehören.

Starke Zustimmung erhielt die Position, dass der jeweilige Nationalstaat durch Arbeitsinspektoren und Arbeitsgerichte stärker zur Einhaltung der ILO-Normen beitragen sollte. Ohne Druck seitens der Gewerkschaften könne allerdings erfahrungsgemäß nicht davon ausgegangen werden, dass die jeweiligen Nationalstaaten ihren internationalen Verpflichtungen nachkäme. Gerade dort jedoch, wo die Vertretungsrechte von Lohnabhängigen eingeschränkt seien, reiche die Kraft der Gewerkschaften allein nicht aus. Der vom DGB-Vorsitzenden Michael Sommer in seinem Vortrag vorgeschlagene Ausweg aus diesem Dilemma, nämlich das Schmieden von grenzüberschreitenden Bündnissen mit anderen sozialen Bewegungen und Organisationen, stieß auf breite Zustimmung.

Offen blieb die Rolle von Verhaltenskodizes für Unternehmen (Corporate Social Responsibility) im Durchsetzungsprozess von Decent Work. Während die UNAM-Forscherin Graciela Bensusán aus Mexiko in ihrem Beitrag solche Verhaltenskodizes als unzureichend bezeichnete und ihnen eine Staatlichkeit unterhöhrende Wirkung zuschrieb, verwies Arbeitsminister Olaf Scholz auf die positiven Potentiale von Verhaltenskodizes hin. Diese kontroversen Standpunkte konnten im begrenzten Zeitrahmen der Konferenz nicht mehr ausdiskutiert werden. Eine Vertiefung der Debatte um das Verhältnis von Corporate Social Responsibility und Decent Work erscheint dringend geboten.

Prof. Dr. Christoph Scherrer
Universität Kassel
Mai 2008